

Politische Bildung als Aufgabe. Inklusivität als Anspruch

Wolfram Hilpert

Wenn Bürgerinnen und Bürgern nicht verstehen können, was in der Politik geschieht, dann grenzt sie dies aus dem politischen Leben aus. Und Ausgrenzung, Exklusion von Bürgerinnen und Bürgern, schwächt und schädigt Demokratie. Denn Demokratie beruht auf Teilhabe aller. Ausgrenzungen delegitimieren den politischen Entscheidungsprozess und spalten die Gesellschaft.

„**Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern**“ ist das Motto der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Es ist auch - kurz gefasst - die Beschreibung der ihr gestellten Aufgabe. Immer stärker rückt in den Fokus, dass der Auftrag „Demokratie stärken!“ die Entwicklung und Erstellung sehr unterschiedlicher, gerade auch niederschwelliger und leicht verständlicher Informationen über Politik verlangt.

Es gibt in der Bundeszentrale für politische Bildung einige Ansätze, exkludierte Zielgruppen zu erreichen und so Demokratie zu stärken. Einer dieser Ansätze ist die Reihe „*einfach* POLITIK“.

„*einfach* POLITIK“ nennt die Bundeszentrale für politische Bildung eine Reihe mit Heften, Plakaten, Webseiten und Hörbüchern, die in einfacher Sprache Politisches beschreibt und erklärt. Die Hefte „***einfach* POLITIK**“ haben derzeit inklusive Nachdrucke eine Auflage von über 80.000 Stück. Alleine im August 2017 brachte es „**Politik. Einfach für alle**“, in dem Webseiten und Hörbücher der Reihe abgerufen werden können, auf 37.000 Aufrufe.

Das Konzept der Reihe „*einfach* POLITIK“ ist das Resultat eines intensiven Erarbeitungsprozesses. Im Folgenden wird der didaktische und inklusionspädagogische Diskurs beschrieben, der den Prozess begleitet und befruchtet hat.

Zunächst im Vorgriff ein **Überblick über den Prozess und über dessen wichtigste Ergebnisse**:

1. Die Analyse des Inklusionsbegriffs war und ist entscheidend für die Reihenkonzeption und muss dies auch sein. Inklusion ist ein Begriff, der in sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen eine gesellschaftspolitische Aufgabe beschreibt, die dazu beiträgt, soziale Spaltungen in der Gesellschaft zu überwinden oder illegitime Grenzen durchlässig zu machen. Eine politische Bildung, die die Teilhabe aller in einer demokratischen Gesellschaft fördern will, kommt nicht umhin, von diesem weiteren Inklusionsbegriff auszugehen und die Verengung, die der Begriff im schulpolitischen Diskurs erfahren hat, nicht mitzumachen. „Inklusion“ ist nicht ohne den Komplementärbegriff „Exklusion“ zu verstehen. Wenn Inklusion die Überwindung von Exklusion, dann müssen beide Begriffe zusammen gedacht werden. Wer inklusive Materialien erstellt, muss mögliche Exklusionsprozesse durch diese Materialien vermeiden. Und er muss das Ziel der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe im Blick behalten.
2. Die Frage, wie die Zielgruppe der Reihe sinnvoll definiert wird, wurde immer wieder reflektiert. Und dies wird weiterhin geschehen. Ein Ergebnis des Reflexionsprozesses zur Bestimmung der Zielgruppe ist: Eine zu enge und starre Festlegung ist dann, wenn Inklusion das Ziel der Materialien sein soll, aufgrund von möglichen Exklusionseffekten (siehe Punkt 1) problematisch.
3. Bei den Konzeptionsüberlegungen geht es um nichts weniger als um die Suche nach Wegen, wie Bildungstexte sowohl gut als auch einfach gestaltet werden können. Dies darf aber nicht den Blick davor verstellen, dass es auch Bildungsangebote geben muss, die aufgrund des Bedarfs der Zielgruppe auf Texte verzichten. Hier ist noch großer Handlungsbedarf. Einfache, inhaltlich reduzierte Textdarstellungen bedürfen hoher fachlicher Kompetenz. Einfach ist nicht einfach. Gute und einfache Bildungstexte setzen die Zusammenarbeit verschiedener Fachleute voraus: Fachleute für einfache Formulierungen, für politische Bildung, für wissenschaftliche oder juristische Fragen. Von besonderer Bedeutung ist das Feedback der Zielgruppe. Die Erstellung der Texte der Reihe „*einfach* Politik“ erfolgt in Kooperation mit dem Lehrstuhl von Frau Prof. Lindmeier des Institutes für Sonderpädagogik der Universität Hannover in einem Team unter Leitung von Frau Dorothee Meyer. Es schreiben in mehreren Erarbeitungsschleifen einerseits ein Team von Experten für einfache Sprache, andererseits inklusive Gruppen mit Menschen mit Behinderung

sowie Studentinnen und Studenten an den Texten (Vgl. <http://www.bpb.de/241078>). Die Inklusivität des Prozesses ebenso wie die fachliche Qualität hat auch für unsere Kooperationspartner bei der Texterstellung größte Bedeutung.

Charakteristika der Reihe „*einfach POLITIK*“

Die Selbstvertretungsbewegung für Menschen mit Lernschwierigkeiten hat seit den 90er Jahren für die Zielgruppe adäquate schriftliche Materialien eingefordert und initiiert. Diese Anregungen und Forderungen sind auch Ausgangspunkt der Entwicklung der Reihe „*einfach POLITIK*“.

Der hier in den Blick genommene Prozess reflektiert die Nutzungsmöglichkeiten entsprechender Materialien für die politische Bildung. Bei diesem Prozess wollte und konnte man nicht bei dem Ausgangspunkt stehen bleiben. Aber der Ausgangspunkt bleibt im Blick. Dies zeigt insbesondere die intensive Zusammenarbeit mit dem Institut für Sonderpädagogik der Uni Hannover.

Auch die Tatsache, dass viele Elemente der Reihe seit dem ersten Heft gleichgeblieben sind und auch denen typischer Produkte der Leichten Sprache entsprechen, bestätigt: Der Ausgangspunkt ist im Blick geblieben, auch wenn sich das Produkt bewusst weiterentwickelt hat.

a) Charakteristika analog der Regeln „Leichte Sprache“

In Texten der Reihe „*einfach POLITIK*“ finden Verwendung:

- einfache Wörter
- kurze Sätze
- möglichst keine Nebensätze
- möglichst keine Passivkonstruktionen

Typisch für die Gestaltung der Broschüren der Reihe:

- größere Schrift als üblich
- Zeilenumbruch nach Satzende oder nach Sinnabschnitten
- kurze Absätze, übersichtliches Layout
- Bilder unterstützen den Text

b) Charakteristika, die die Bezeichnung „einfache Sprache“ induzieren

Andere Charakteristika der Reihe sind Ergebnisse des Diskussionsprozesses. Sie sind Gründe, warum von **Produkten in einfacher Sprache** gesprochen wird und nicht von solchen in Leichter Sprache. Dazu zählt:

- Es werden keine Bindestriche zwischen den Wortteilen zusammengesetzter Wörter verwendet.
- Fachbegriffe werden verwendet und eingeführt (z.B. absolute Mehrheit). Sie sind gekennzeichnet, fett geschrieben, und werden erklärt.
- Die Texte vermeiden möglichst wertende Aussagen wie „das ist gut“, auch wenn dies manchmal einfacher ist, als sachlich zu beschreiben.
- Die Sätze sind einfach, aber grammatikalisch korrekt.
- Um dem individuellen Bedarf derer, die etwas mehr wissen wollen, gerecht zu werden, erklären wir ergänzend auch Zusammenhänge, die etwas schwieriger sind: Zum Beispiel: Im Bundestagswahlheft die 5% Klausel.

Die Diskussion um eine Didaktik der inklusiven politischen Bildung

An dieser Stelle soll noch einmal der Ausgangspunkt der Diskussion in der bpb um Inklusion in der politischen Bildung und um Produkte in leichter Sprache in den Blick genommen werden.

Auch in der bpb war die UN-Behindertenrechtskonvention Anlass, neue Fragen zu stellen.

In Artikel 24 der UN-BRK wird die Befähigung zur „wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft“ als ein Bildungsziel formuliert. Politische Bildung wird in die Pflicht genommen, ihre Angebote für Menschen mit Behinderungen nutzbar zu machen und zum Empowerment von Menschen beizutragen, die bisher an einer gleichberechtigten Teilhabe an politischen Prozessen gehindert wurden. Zugangsbarrieren sind abzubauen und Unterstützungsangebote zur selbstständigen Nutzung bereitzustellen. Eine besondere didaktische Herausforderung stellt sich, wenn Inhalte und Vermittlungswege selbst zur Barriere werden etwa dann,

wenn politische Bildung den Bildungserfordernissen von Menschen mit Lernschwierigkeiten gerecht werden will.

Bis 2013 gab es Überlegungen, ob die didaktische Herausforderung für eine politische Bildung von Menschen mit Lernschwierigkeiten vielleicht doch nicht so groß sein könnte, wie es den Anschein hatte. War möglicherweise Leichte Sprache die Lösung? Konnte sich das Problem nicht einfach dadurch lösen lassen, indem man das politische Bildungsangebot der bpb in Leichte Sprache übersetzt?

Im Juni 2013 wurden Experten zu einem Workshop zur Leichten Sprache eingeladen. Die Aufgabe des Workshops war zu klären, ob Leichte Sprache die (einfache) Antwort der politischen Bildung auf die Forderungen der UN-BRK auch in Hinblick auf Menschen mit Lernschwierigkeiten sei. Die Antwort war: Nein, so einfach ist es nicht.

Im Workshop wurde daher die Initiierung eines Diskussionsprozesses angeregt, der Antworten auf die Frage finden soll: Wie kann eine Didaktik einer inklusiven politischen Bildung aussehen? Ein Workshop mit Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen, insbesondere der Sonderpädagogik und der Fachdidaktik eröffnete den Erarbeitungsprozess im März 2014. Im September 2015 wurde dann der Schriftenreihe-Band „Didaktik der inklusiven politischen Bildung“ publiziert und in selben Monat der Kongress „inklusive politisch bilden“ veranstaltet, an dem Wissenschaftler, Praktiker und Menschen teilnahmen, die aufgrund ihrer Behinderung Experten waren. „inklusive politisch bilden“ hieß und heißt auch die Website-Rubrik *inklusive politisch bilden*, die zu dem Thema ins Leben gerufen wurde. Die Ergebnisse dieses Erarbeitungsprozesses hatte, wie sich zeigte, Auswirkungen auch auf die Produktion der Materialien in verständlicher Sprache.

Inklusion: Definition einer Aufgabe

Der Begriff „Inklusion“ wurde sowohl im Workshop als auch in der „Didaktik der inklusiven politischen Bildung“ einer eingehenden Betrachtung unterzogen.

- Karl-Ernst Ackermann (<http://www.bpb.de/180603>) wies darauf hin, dass seit der UN-Konvention „Inklusion“ in der behindertenpädagogischen, aber auch der politischen Diskussion als Leitbegriff für das fungiere, was als gesellschaftliche Aufgabe für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung betrachtet wird. Aus behindertenpädagogischer Sicht verweise der Begriff somit auf den in der UN-Konvention menschenrechtlich legitimitierten Anspruch der Gleichstellung hin.
- Ackermann betonte aber auch, dass ursprünglich „Inklusion“ ein soziologischer Begriff sei. Es warnte davor, die soziologische Perspektive auf das Begriffspaar Inklusion/Exklusion aus dem Blick zu verlieren. Inklusion habe in seiner soziologischen Bedeutung generell die Überwindung illegitimer sozialer Spaltungen, nicht nur die zwischen Behinderten und Nicht-Behinderten, zum Ziel.
- Aus beiden Aspekten des Inklusionsverständnisses ergibt sich nach Ackermann: **Inklusion kann nicht bedeuten, „Menschen mit Behinderung an gegebene gesellschaftliche Verhältnisse anzupassen. Vielmehr sollen die gesellschaftlichen Verhältnisse so modifiziert werden, dass Heterogenität akzeptiert wird und Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben“** (<http://www.bpb.de/180603>). Das ist auch eine Definition von Inklusion, die für die bpb von Bedeutung ist.
- Kronauer (2015) weist darauf hin, dass der, der Inklusion anstrebe, auch die Exklusionsprozesse in den Blick nehmen müsse, die unsere Gesellschaft prägen und auch andere Gruppen ausschließen. Die Exklusionsprozesse, denen Menschen mit Behinderung ausgesetzt sind, könne man ohne diese unsere Gesellschaft prägenden, auch andere exkludierenden wirtschaftlichen und sozialen Exklusionsprozesse weder verstehen, noch überwinden.
- „Inklusion“, so mahnte Kronauer, lasse sich auch aus anderen Gründen nicht auf Menschen mit Behinderung beschränken. Aus der menschenrechtlichen Begründung von Inklusion in der UN-BRK lassen sich seiner Auffassung nach Rückschlüsse auf die Reichweite des Begriffs "Inklusion" ziehen: Wenn "Inklusion ein Menschenrecht darstellt, kann dieses nicht auf Menschen mit Behinderungen begrenzt werden. [...] Denn was für die »Inklusion« von Menschen mit

Behinderungen gelten sollte, nämlich dass sie bei Anerkennung ihrer besonderen Bedarfe ihre Lebensziele gleichberechtigt mit allen anderen Menschen verfolgen können, muss für eben jene anderen Menschen mit ihren besonderen Bedarfen gleichermaßen gelten“.

Relevant für die politische Bildung: Der weite Inklusionsbegriff

Aus all diesen verschiedenen Gründen ergibt sich, dass in der politischen Bildung es wenig Sinn macht, einen engen Inklusionsbegriff zu verwenden: Wenn Inklusion nur als ein Prozess verstanden wird, den unsere Gesellschaft Menschen mit Behinderung zugeordnet hat, dann ist dies selbst exkludierend. Bei der Planung und Konzeption politischer Bildungsprozesse ist es vielmehr angeraten, den **weite Begriff von Inklusion** zu verwenden: **Inklusion als Überwindung illegitimer sozialer Spaltungen**.

Aufgabe „Inklusion“ und die Konsequenzen für die Gestaltung von Bildungsmaterialien

Zielgruppenschemata in Frage stellen

„Inklusion“ ist als ein menschenrechtlich verstandener Anspruch von Exkludierten zu verstehen. Inklusive Materialien sollten Teilhabe und die Überwindung der traditionellen ausgrenzenden Gruppenzuordnungen zum Ziel haben. Das heißt: Bei der Produktion von Materialien sollte immer auch die traditionellen Gruppenzuordnungen, also auch die Zielgruppenschemata in Frage gestellt, gesprengt oder überwunden werden.

- **Keinen spezifischen Politikbegriff verwenden**

Überwindung von Ausgrenzung heißt auch: Angeboten für Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund darf weder ein spezifischer Politik- noch ein besonderer Bildungsbegriff zugrunde gelegt werden. Oder wie Ackermann es formulierte: „Eine inklusive Didaktik im Sinne einer neuen Sonderdidaktik wird in der heil-/sonderpädagogischen Diskussion abgewiesen“ (<http://www.bpb.de/180603>).

- **Inklusive Materialien sind normale Materialien, keine "Übersetzungen"**

Wenn Inklusion Akzeptanz von Heterogenität heißt, dann heißt dies natürlich auch: Es gibt keine „normalen“ Lehrmaterialien und dann ergänzend „für die anderen, die Nicht-normalen“ die Übersetzungen in Leichter Sprache. Für die Zielgruppe des Bildungsbürgers konzipierte Bildungsmaterialien und Lehrprozesse können nicht normsetzend sein. Inklusion ist in der politischen Bildung nicht realisierbar als Übersetzung von in Fachsprache verfassten Inhalten in (auch) für Menschen mit Behinderung entwickelte Sprachen (z.B. Leichte Sprache). Dies ist bei weitem gesellschaftlich noch nicht selbstverständlich.

Wenn vorhandene Bedienungsanleitungen und Hausordnungen in Leichter Sprache übertragen werden, dann mag dies mit gutem Grund als Übersetzung bezeichnet werden. Warum Übersetzungen in diesem Sinne bei politischen Bildungsmaterialien nicht möglich sind, mag ein Schlaglicht verdeutlichen: In jedem Text werden Begriffe als bekannt vorausgesetzt. Mit diesen Begriffen werden die unbekannteren erklärt. Bei Texten in einfacher oder Leichter Sprache, können und müssen weniger Begriffe als bekannt vorausgesetzt werden. Daraus ergeben sich nicht nur mehr Begriffsklärungen, sondern auch die Notwendigkeit, den didaktischen Aufbau eines Bildungsmaterials zu ändern. Wenn zum Beispiel das politische System der Bundesrepublik erklärt werden soll, dann ist es ein grundlegender Unterschied, ob vorausgesetzt werden kann, dass die Begriffe „Staat“ und „Gewaltmonopol des Staates“ bekannt sind oder nicht.

- **Fachbegriffe verwenden und erklären**

Weder bildungsbürgerliche Informations- und Lehrmaterialien, noch die in der Politik gebräuchliche Sprache und Redewendungen sind als normsetzend für einfache Materialien anzusehen. Dies heißt aber nicht, dass eine separate Sprache und die Ignorierung aller Fachbegriffe einem inklusiven Anspruch gerecht werden würden. Inklusive Materialien dürfen vielmehr ihren Anspruch, Partizipation, Teilhabe zu ermöglichen, nicht aufgeben. Im Gegenteil. Teilhabe ist das Ziel von Inklusion.

Es ist eine berechnete Forderung (z.B. an Nachrichtenmedien und Politiker), dass diese durch

Verwendung von einfacher Sprache helfen, Barrieren zu überwinden. Auch die Sprachwahl von Medien und Politik kann Exklusionsprozesse verstärken und vermindern.

Auf der anderen Seite ist es aber auch Aufgabe der politischen Bildung und der mit inklusiven Anspruch erstellten Bildungsmaterialien, die politischen Begriffe, zumindest die Grundbegriffe, die unsere Wirklichkeit prägen und den politischen Diskurs dominieren, auch denen zugänglich zu machen, die mit diesen bisher nichts anfangen konnten. Denn Ziel politischer Bildung ist die Bereitschaft und Fähigkeit zur politischen Mitarbeit zu stärken. Deshalb müssen die entsprechenden Begriffe in Lehrsituationen bzw. in Lehrmaterialien erstens verwendet und zweitens erklärt werden. Ein Beispiel für solch einen Begriff ist „Gewaltenteilung“, dessen Bedeutung für das Verständnis von Nachrichten (leider) immer wichtiger wird. Gemeint sind aber auch so triviale Begriffe wie „Wahlbenachrichtigung“.

Bettina Zurstrassen (2015) argumentiert in ihrem Artikel zur Leichten Sprache in der Didaktik der inklusiven Bildung, dass es aus Sicht der politischen Bildung problematisch ist, wenn wichtige Fachbegriffe generell vermieden oder nur in vereinfachter Schreibweise verwendet werden. Fachbegriffe wie Gewaltenteilung oder Wahlbenachrichtigung sollten vielmehr verwendet werden und zwar so, wie die Begriffe den Lernenden im Partizipationsalltag begegnen. Deswegen verwendet die Reihe „*einfach POLITIK*“ Begriffe wie Gewaltenteilung und erklärt sie. Deswegen trennt sie zusammengesetzte Wörter wie zum Beispiel das Wort „Wahlbenachrichtigung“ nicht. In der dem Wähler zugesandten Wahlbenachrichtigung soll der erklärte Begriff wiedererkannt werden.

- **Sprache: Erfahrungen aufgreifen, Ansprüche politischer Bildung nicht aufgeben**

„Die **Leichte Sprache** ist eine **linguistische Welt** für sich. Sie hat eigene Regeln, eigene Übersetzer, ein eigenes Schriftgut.“ Ganz zu Beginn des Aufsatzes von Nadine Rüstow in der Didaktik der inklusiven politischen Bildung (S.115) wird mit diesem Zitat auf die „eigene Welt“ der Leichten Sprache verwiesen. Tatsächlich gehören zu dieser „linguistische Welt für sich“ auch Regeln, die mit denen des Dudens inkompatibel sind. Bettina Zurstrassen, stellte in ihrem oben erwähnten Aufsatz (2015, S.130) die Frage, ob Leichte Sprache mit ihrem eigenen Regelwerk nicht sogar die Ausgrenzung von Menschen mit Lernschwierigkeiten fördern kann, wenn diese auf den zunehmend normierten Schreib- und Sprachstil der Leichten Sprache hin sozialisiert werden. Die Diskussion dieser und anderer Fragen hat die bpb beobachtet und gefördert. Die bpb hat außerdem registriert, dass es keine wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse gibt, die bestätigen, dass durch die Einhaltung eines genau definierten Sprach- und Grammatikkonzeptes Sachverhalte für Menschen mit Lernschwierigkeiten gleichzeitig verständlich und teilhabefördernd werden. Dementsprechend müssen anderslautende Postulate abgelehnt werden.

Soll die Reihe „*einfach POLITIK*“ in Leichter Sprache, wie das Netzwerk „Leichte Sprache“ sie definiert, erscheinen oder sollen die kritischen Anmerkungen insbesondere aus der Politikdidaktik berücksichtigt werden? Darüber hat die bpb Gespräche mit den am Diskurs beteiligten Wissenschaftlern, aber auch mit Verantwortlichen in inklusiven Projektgruppen geführt. Diese Gespräche bestärkten die bisherigen Überlegungen der bpb: Wesentliche grundlegende Strukturelemente, die für Leichte Sprache typisch sind, werden übernommen und in das Reihenkonzept integriert. Das, was aus der fachlichen Sicht der politischen Bildung an einzelnen Elementen des Konzeptes der Leichten Sprache problematisch ist, wird bedarfsgemäß modifiziert. So wird bei der Erstellung von „*einfach POLITIK*“ darauf geachtet, dass wertende Aussagen wie „gut ist dieses und jenes“ möglichst vermieden und stattdessen beschreibende Aussagen verwendet werden. Die Verführung es anders zu machen, ist durchaus gegeben. Denn solche wertende Aussagen ermöglichen es, etwas problemlos einfach und im Aktiv auszudrücken. Gemäß Reihenkonzept werden grundsätzlich auch andere, hier nicht genannte Abweichungen von den Duden-Regeln vermieden. Denn solche Verstöße können Abgrenzungseffekte hervorrufen, die es, wenn möglich, zu vermeiden gilt.

Zielgruppendefinition. Die Diskussion

- Sehr früh wurde in dem Diskussionsprozess um eine „Didaktik der inklusiven politischen Bildung“ angesprochen, dass eine gezielte Ansprache einer Zielgruppe, die als solche durch gegebene oder zugewiesene Defizite bestimmt ist, zum Beispiel Behinderte oder Analphabeten, ausgrenzende und ablehnende Effekte hervorrufen kann. Schon auf dem Workshop 2014 machte hierauf Frau Prof.

Bettina Zurstrassen (<http://www.bpb.de/180303>) aufmerksam. Anja Besand beschäftigte sich mit David Jugel in ihrem Aufsatz „Zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradierter Differenzlinien“ (2015) intensiv mit dieser Frage. Sie vertraten die Auffassung, dass bei Materialien, die sich durch deren grafisch-bildnerische Gestaltung oder durch die in dem Heft enthaltene schriftliche Aussagen und Textgestaltung erkennbar z.B. an Behinderte, Analphabeten, Migranten wenden, die Gefahr der Reproduktion defizitorientierter Zuschreibungskategorien besteht (<http://www.bpb.de/219043>).

Die bpb nimmt diesen Hinweis ernst. Es wird die Gefahr registriert, dass solche Materialien bei der Zielgruppe selbst nur bedingt Akzeptanz erfahren.

- Materialien, die zwar vom Anspruchsniveau geeignet sind, aber an eine Gruppe adressiert sind, der man sich nicht zugehörig fühlt, können mit noch erheblich geringerer Wahrscheinlichkeit genutzt werden. Personen, die aufgrund ihrer Bildungsgeschichte Leseschwierigkeiten haben, werden distanziert bis ablehnend Produkten gegenüberstehen, die sich erkennbar an Behinderte wenden.
- Besand und Jugel fordern: **„Es bedarf „einer sinnvollen inklusiven Perspektive, die nicht mehr an die traditionellen Zielgruppen gebunden ist. Denn nur so kann verhindert werden, dass unser Handeln durch den Bezug auf eine bestimmte Gruppe Teil der Reproduktion von Benachteiligung wird“** (<http://www.bpb.de/219043>). Eine inklusive Definition einer Zielgruppe für Materialien wäre nach Besand und Jugel eine, die nicht auf Eigenschaften wie Migrationshintergrund oder Behinderung rekurriert. Diese Eigenschaften konstituieren nämlich keine positiven kulturellen oder sozialen Gemeinsamkeiten. Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund sind kulturell, sozial und natürlich auch in ihrem Lebensalter heterogen. Die Materialien sollten vielmehr ausgerichtet sein **auf einen bestimmten Bedarf des Komplexitätsniveaus der schriftlichen und grafischen Informationen.**
- Unbestreitbar ist dieser Ansatz aus Sicht einer inklusiven, das heißt Barrieren zwischen Gruppen überwindenden Bildung naheliegend. Wie sollen Kommunikations-Gettos aufgelöst werden, wenn nicht durch neue zielgruppenoffene Ansätze? Aus diesem Grund folgt die Reihenkonzeption den von Zurstrassen, Besand und Jugel gegebenen Überlegungen: Die Zielgruppe der Reihe „*einfach POLITIK*“ ist im Wesentlichen durch den Bedarf des definierten Komplexitätsniveaus der schriftlichen und grafischen Informationen bestimmt. Mit diesen Überlegungen soll jedoch nicht bestritten werden, dass in anderen Fällen die Erstellung von Materialien mit einer enger umgrenzten Zielgruppe sinnvoll und angeraten ist. Es ist sicher für den Bildungsprozess sinnvoll, Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I auch Bildungsmaterialien in für junge Menschen ansprechender Gestaltung zur Verfügung zu stellen. Zum Beispiel durch ein für junge Menschen attraktives Layout und ein auf sie zugeschnittenes Sprachstil des Materials. Ist diese Entscheidung für die Zielgruppe „junge Menschen“ getroffen, dann stellt sich die Frage des Komplexitätsniveaus und indirekt damit auch, in welcher Schulform eine größere Nachfrage zu erwarten ist. Auch in diesem Fall sind defizitorientierte Zuschreibungen nicht erforderlich.

Fachbegriffe erklären: Ein unterschätzter Bedarf

Es stellt sich dann die Frage, für wen denn die Hefte „*einfach POLITIK*“ tatsächlich geeignet und sinnvoll zu nutzen sind. Sind sie nicht für die allermeisten zu einfach? Werden dort nicht Begriffe erklärt, die allgemein bekannt sind?

Ein Blick auf den Medienalltag kann helfen diese Frage zu beantworten: Ein beliebtes Mittel, Lacher in Comedy-Sendungen zu generieren, sind Umfragen in Fußgängerzonen. Es werden Bürgerinnen oder Bürger auf der Straße befragt und dann sich darüber lustig gemacht, dass die befragte Person ganz offensichtlich gar nicht versteht, worüber sie redet. Auch wenn man dieses Genre nicht mag. Es deckt auf, dass viele Menschen, gerade auch wenn es um Politik geht, mit Begriffen oder Sachverhalten operieren, die nicht wirklich verstanden werden.

Daraus folgt: Wenn „*einfach POLITIK*“ Fachbegriffe erklärt, dann heißt dies vor allem, dass die Hefte und Webseiten die Lesenden oder die Hörenden nicht zwingen so zu tun, als ob die Beherrschung politischer Terminologie für alle selbstverständlich sei. „*einfach POLITIK*“ bringt Menschen nicht in Verlegenheit wie implizit die Befragung auf der Straße es tut. Nur weil die „Zweitstimme“ auch in den Fernsehnachrichten und auf Wahlplakaten auftaucht, muss nicht klar sein, was der Unterschied zur „Erststimme“ ist. Wenn die Unterschiede und ihre Bedeutung in den Heften zur Bundestagswahl erklärt werden, dann korrespondiert

dies also nicht nur mit dem spezifischen Bedarf einer besonderen, der Sonderpädagogik zugeordneten Zielgruppe. Es wird etwas mit einfachen Worten beschrieben, das den meisten Menschen schwer fallen würde zu erklären.

Zielgruppendefinition. Schlussfolgerung für die Materialerstellung

Diese Überlegungen haben konkrete Folgen für die Produktion von Produkten in einfacher Sprache:

- **Weite Zielgruppendefinition**

Die Reihe „*einfach POLITIK*“ wendet sich ganz bewusst nicht an eine eng definierte Zielgruppe. Sie wendet sich an alle, denen einfache Sprache ermöglicht oder erleichtert, Zugang zu Politik zu finden. Dass für ein Produkt mit diesem Ansatz auch ein Bedarf da ist, bestätigen die hohen Absatzzahlen und die Evaluation der Reihe.

Die Entwicklung der zielgruppenoffenen Konzeption ist auch von der begründeten Vermutung gefördert worden, dass es einen breiten Bedarf für Produkte in einfacher Sprache gibt. Und umgekehrt gibt es die Hoffnung, dass die zielgruppenoffene Konzeption dazu führt, dass sehr unterschiedliche Nutzerinnen und Nutzer die Hefte und die anderen Produkte verwenden. Diese Hoffnung scheint sich zu erfüllen. Die Ergebnisse der Evaluation der Reihe bestätigen dies. Die Hefte werden viel in (Sonder-)schulen eingesetzt aber auch in Gymnasien, in Werkstätten und Wohnheimen für Menschen mit Behinderung, in VHS-Kursen, in Integrationskursen, in der Vereinsarbeit oder zur privaten Information.

- **Vermeidung von eindeutigen Zielgruppenzuschreibungen**

Mit der von der SoVD Jugend herausgegeben „Wählen ist einfach“-Broschüre zur Bundestagswahl 2013 konnte man zum ersten Mal in dem Lieferverzeichnis der bpb eine Broschüre in Leichter Sprache finden. Auf der Titelseite wurde auf die Förderung durch den Bundesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen und die Aktion Mensch verwiesen. Entsprechende eindeutige Verweise auf eine Zielgruppe wurden in allen folgenden Produkten vermieden.

Das Reihenkonzept sieht entsprechend auch vor, dass sowohl in den Texten, als auch in den Bildern nicht die Lebenswelt einer gesellschaftlichen Gruppe die Broschüre dominiert. Natürlich achten gerade die Autoren darauf, dass auch Menschen mit Behinderung und die sie betreffenden Probleme Beachtung finden. Aber eben nicht so, dass diese im Mittelpunkt der Broschüre stehen.

- **Bildsprache auf Erwachsene ausgerichtet**

Angesichts der Nutzung durch Schulen stellt sich noch eine Frage: Wenn die Hefte doch so häufig in Schulen verwendet werden, müssen diese dann nicht – zumindest bei einigen Heften – den Sehgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen angepasst werden? Hier ist eine klare Entscheidung getroffen worden. Auch mit Blick auf den Entstehungskontext der Reihe. Die Hefte, Webseiten und Hörbücher sind für Kinder und Jugendliche geeignet. Auch der Einsatz im Unterricht ist von den Machern intendiert. Die Aufbereitung des Inhaltes berücksichtigt eine solche Nutzung. Allerdings: Die Bildsprache (sowohl die der Zeichnungen, als auch die der Texte/Textbeispiele) ist - und wird auch weiterhin- mit Blick auf Erwachsene konzipiert. Auf keinen Fall soll durch Unklarheiten in Frage gestellt werden, dass es sich um ein Angebot für Erwachsene handelt. Die hohen Nutzungszahlen durch Erwachsene zeigen auch, dass dies verstanden wird.

- **Hohe Anforderungen an die Bildsprache**

Die Bildsprache stellt die Illustratoren tatsächlich vor Herausforderungen. Die Bildauswahl bedarf deshalb sehr hoher Kompetenz bei der Einordnung in politisch-gesellschaftliche Sachverhalte und Sensibilität für politisch-gesellschaftliche Symbolik.

Die Bildgestaltung insgesamt und die Auswahl der einzelnen Bilder dürfen die Lesenden nicht mit zu hoher Komplexität konfrontieren, andererseits darf die Bildgestaltung nicht kindlich, simplifizierend wirken. Von sehr hoher Bedeutung ist, dass die Reduktion von Komplexität nicht durch Rückgriff auf (problematische) Klischees erfolgt. Bei der Erstellung der Illustrationen wird berücksichtigt, dass nicht alle Personen, die die Hefte lesen, dieselbe Kompetenz bei der Entschlüsselung von Bildaussagen haben. Deshalb können durchaus Bilder gewählt werden, die auf unterschiedlichen Ebenen interpretiert werden können. Auch die Verwendung von Bildern mit unterschiedlichen Funktionen (anschaulich machen des Textes/weiterführende Erklärung) sind

möglich.

- **Zwischen dem Bedarf der Reduktion und dem von Auswahlmöglichkeiten: Anforderungen bei der Abgrenzungen des Themenfeldes**

Bei der Erstellung der Produkte sind unbestreitbar hohe Anforderungen an die Fachkompetenz der Autorinnen und Autoren bei der Suche nach geeigneten sprachlichen Formulierungen gegeben. Mit Blick auf die Inklusivität der Produkte ist aber die inhaltliche Abgrenzung des Themenfeldes eine größere Herausforderung als die sprachliche Gestaltung.

Materialien in einfacher Sprache können Menschen mit erweiterter Lesekompetenz helfen, Sachverhalte klarer zu verstehen. Ein Einsatz der Materialien in einfacher Sprache in inklusiven Gruppen kann durchaus bei entsprechender didaktischer Planung für alle sinnvoll sein. Einfache Sprache ist zumindest kein grundsätzlicher Hinderungsgrund für die gemeinsame Nutzung. Wenn tiefer in ein politisches Themenfeld eingedrungen wird, werden die Inhalte komplexer und das Produkt umfangreicher. Komplexere Inhalte können insbesondere Menschen mit Lernschwierigkeiten überfordern. Dickere Hefte können bei Menschen mit Leseschwierigkeiten Unlust hervorrufen.

Andererseits: Zu starke Reduktion des thematischen Angebotes schränkt die Auswahl nach dem individuellen Bedarf unverhältnismäßig ein und vermindert die Möglichkeit des Einsatzes in inklusiven Settings. Im Folgenden sind einige Beispiele für zu treffende Entscheidungen aufgelistet: Soll zum Beispiel im Heft zur Bundestagswahl bei der Erklärung des Vorganges der Bundestagswahl der Unterschied von Erst- und Zweitstimme erklärt werden? Dies ist wohl unverzichtbar. Aber wie sieht es mit der 5% Klausel aus? Oder mit den Überhangmandaten? Bei der Erstellung der Hefte kämpfen die Machenden bei jeder Ausgabe um einen Weg, der einerseits dem Erfordernis der zielgruppengerechten Reduktion gerecht wird, der zugleich aber die Möglichkeit eröffnet, bei gegebenem Bedarf mehr als das Allernotwendigste zu erfahren. Was das Allernotwendigste ist, ist zudem streng genommen auch nur individuell zu bestimmen. Die Redaktion der Hefte ist an einer Diskussion, wohin der Weg genau verlaufen könnte, sehr interessiert.

Sicher wäre eine Beschränkung auf einen minimalen Heftumfang möglich. Dieser hätte aber erhebliche Nachteile. Derjenige, der individuell das Heft bestellt oder die Webseite liest, hat aber einen individuellen Wissensbedarf. Aus Sicht der Redaktion sollte dem Lesenden bei aller gebotenen Reduktion der Komplexität noch die Möglichkeit bleiben, gemäß des individuellen Bedarfs auszusuchen und sich mit tiefergehenden Inhalten zu beschäftigen.

Die Möglichkeit, Schwerpunkte auszusuchen, ist für den Lehrbetrieb aber noch wichtiger. Die Hefte der Reihe werden sehr viel in der Schule und in anderen Lehrsituationen verwendet. Dort können die Materialien als Ganzschrift eingesetzt werden. Aber es ist auch möglich, einzelne Kapitel gemäß der Unterrichtssituation herauszugreifen und zu behandeln. Und – dies ist ausgehend von der inklusiven Konzeption besonders wichtig – die Hefte bieten der oder dem Lehrenden die Möglichkeit der leistungsgerechten differenzierten Aufgabestellung.

Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die Entwicklung des Konzeptes der Reihe „*einfach* POLITIK“ ist eng angebunden an den Inklusionspädagogischen und fachdidaktischen Diskurs. Eine bloße Übernahme entwickelter Standards konnte den fachlichen Anforderungen der politischen Bildung und den intendierten Bildungszielsetzungen, Stichwort: Teilhabe, nicht entsprechen. Den Qualitätsanforderungen der politischen Bildung wird Rechnung getragen.

Vieles – wie zum Beispiel Fragen der Breite und Tiefe der zu behandelnden Fragen – muss immer wieder erarbeitet werden. Die Evaluation der Reihe hat deshalb eine große Bedeutung. Aber auch der fachliche Dialog. Zudem sind mit Blick auf die Reihengestaltung neue Fragen aufgekommen, die noch nicht vertieft behandelt wurden. Zum Beispiel: Sind Didaktisierungen in den Heften bzw. Lehrerbegleitheften sinnvoll und erforderlich? Können weitere Medienzugänge die barrierefreie Nutzung erleichtern? Wie kann auch die digitale Nutzung erleichtert werden?

Literatur

Ackermann, Karl-Ernst (2014): Politische Bildung für eine inklusive Gesellschaft.

<http://www.bpb.de/lernen/projekte/inklusiv-politisch-bilden/180603/politische-bildung-fuer-eine-inklusive-gesellschaft> (Stand: 13.06.2018).

Ackermann, Karl-Ernst (2015): Politische Bildung im inklusiven Bildungssystem – grundsätzliche Fragen, in: Dönges, Christoph / Hilpert, Wolfram / Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 18-29.

Hilpert, Wolfram (2015): Inklusive politische Bildung - inklusive Gesellschaft.

<http://www.bpb.de/lernen/projekte/inklusiv-politisch-bilden/215762/inklusive-politische-bildung-inklusive-gesellschaft> (Stand: 13.06.2018).

Hilpert, Wolfram (2015) (Redaktion): Einfache Sprache, Leichte Sprache.

<http://www.bpb.de/lernen/projekte/inklusiv-politisch-bilden/216350/einfache-sprache-leichte-sprache> (Stand: 13.06.2018).

Kronauer, Martin (2015): Politische Bildung und inklusive Gesellschaft, in: Dönges, Christoph / Hilpert, Wolfram / Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 30-44.

Rüstow, Nadine (2015): Leichte Sprache – eine neue »Kultur« der Beteiligung, in: Dönges, Christoph / Hilpert, Wolfram / Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 115-125.

Zurstrassen, Bettina (2014): Zur Definition des Begriffs Inklusion - Überlegungen als Beitrag zur Definition eines Begriffs (aus Sicht der Politikdidaktik).

<http://www.bpb.de/lernen/projekte/inklusiv-politisch-bilden/180303/zur-definition-des-begriffs-inklusion-1> (Stand: 13.06.2018).

Zurstrassen, Bettina (2015): Inklusion durch leichte Sprache?, in: Dönges, Christoph / Hilpert, Wolfram / Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 126-138.

Zurstrassen, Bettina (2015): Zielgruppenorientierung, in: Dönges, Christoph / Hilpert, Wolfram / Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 110-114.

Veranstaltungsdokumentationen:

Kongress „inklusive politisch bilden“ (21./22. September 2015):

<http://www.bpb.de/lernen/projekte/inklusiv-politisch-bilden/213818/kongressdokumentation> (Stand: 13.06.2018).

Workshop Inklusive politische Bildung (2014):

<http://www.bpb.de/lernen/projekte/inklusiv-politisch-bilden/215965/workshop-2014> (Stand: 13.06.2018).